

FORUM: Die Arbeit und ihre Zukunft

Wilhelm Hankel:
Euro-Land
Ein Goldstandard des 21. Jahrhunderts

Prof. Dr. Wilhelm Hankel, geb. 1929 in Danzig, Studium der Wirtschaftswissenschaften in Mainz, lehrt Währungs- und Entwicklungspolitik an der Universität Frankfurt/M.

Mit Globalismus und Einführung des Euro gewinnt ein Uralt-Lavendel-Problem der Ökonomie (es beschäftigte bereits Physiokraten und Klassiker), nämlich das der unterschiedlichen Mobilität von Kapital und Arbeit, eine ganz neue, in der Vergangenheit nur mühsam unter Kontrolle gebrachte

Dimension und Dynamik. Wenn sich das Kapital aussuchen kann, wo es sich nieder- und besteuern lässt, die Arbeit, weil standortgebunden, aber nicht - dann lassen sich weder die sozialen Errungenschaften der Moderne (Sozialstaat, Recht auf Arbeit) erhalten noch lässt sich eine faire Besteuerung aller Einkommensarten - insbesondere von Gewinn und Lohn - garantieren, geschweige denn durchsetzen. Was immer seit den Ursprüngen ökonomischer Wissenschaft, also seit über 200 Jahren, an Einsicht in ökonomische Kreislaufzusammenhänge und deren Beherrschung mittels staatlicher Sozial- und Finanz- wie korporativer Einkommenspolitik dazu gekommen und gewonnen ist, droht nunmehr im Zusammenspiel der welt- wie europaweit „deregulierten“ Geld-, Güter- und Arbeitsmärkte wieder unmodern zu werden: theoretisch inaktuell, politisch überholt.

Der „Fortschritt“ ins 19., vielleicht sogar 18. Jahrhundert ist unübersehbar. Denn die Exponenten des Kapitals (Unternehmer, Arbeitgeber, Banken) sind sich völlig einig mit den Vertretern der organisierten Arbeit (Linksparteien, Gewerkschaften), dass man die Gefahren des großen - weltweiten - Globalismus nur durch den Zusammenschluss zum kleinen - europäischen - Globalismus vor der eigenen Haustür bekämpfen kann, und dass man der Übermacht des weltweit unkontrollierten Finanzkapitals nur dadurch begegnet, dass man auf den Luxus einer eigenen nationalen Währungssouveränität verzichtet und sich unter dem Dach des Euro - einer supranationalen Währung - zusammenschließt.

Nur: Was sich für politische Lyriker auf Europa und seinen Zusammenschluss zu reimen scheint, ist für den Ökonomen nichts weiter als das Zurück zur Natur der reinen - und von sozialen Errungenschaften unbeeinflussten - Marktökonomik - zu Laissez-faire, Steinzeit- statt Ordo-Liberalismus und in vor-sozialstaatliche Verhältnisse. Denn Krisenbekämpfung über den Markt und seine Gesetze - ohne Gegensteuern durch intelligente Politik und Ausrichtung der Marktkräfte auf das politisch und sozial Gewünschte - heißt im Fall eines Defizits von Investitionskapital schlicht höhere Zinsen und im Fall eines Defizits von Arbeitsplätzen schlicht niedrigere Löhne. Genau so hat das klassische System von Freihandel und Goldstandard funktioniert, getreu der Maxime: Es ist die Arbeitswelt, die sich der Geldwelt anzupassen hat, nicht umgekehrt! Und genau an dieser Maxime ist dieses System auch zusammengebrochen - in der größten und schwersten Kapitalismuskrise vor über 60 Jahren. Denn damals zeigte sich, dass hohe Zinsen nicht fehlendes Investitionskapital zurückbringen, sondern neue Investitionen abschrecken und niedrige, nach unten revidierte Löhne nicht Konjunktoren beleben, sondern vollends zusammenbrechen lassen.

Soziale Marktwirtschaft verlangt den aktiven Staat

Erst der Fast-Zusammenbruch des Global-Kapitalismus in den dreißiger Jahren verhalf der Keyneschen Analyse zum Durchbruch, machte sie theoretisch schlüssig und politisch akzeptabel - bei Rechten wie Linken, den

Exponenten von Kapital und Arbeit. Gerade in Krisenzeiten müssen die Zinsen unter den Investitionsrenditen gehalten werden. Und wenn das Investitionsklima stimmt, braucht man sich keine Sorge um den Arbeitsmarkt zu machen. Man muss nicht die Löhne drücken, sondern nur aufpassen, dass sie die jeweilige Produktivitätsrate nicht überziehen. Und droht die Krise von außen, über Exportverfall und ruinöse Importkonkurrenz, dann helfen entweder bewegliche Wechselkurse, aber noch besser: Absprachen über richtige Wechselkurse - denn auch Wechselkurse dürfen nicht dem Spiel der Märkte ausgeliefert werden, ihren spekulativen Crashes und Panikreaktionen.

Für all das braucht die Marktwirtschaft den Staat und seine ebenso aktive wie kompetente Politik. Die Keynesische Synthese aus Markt und Politik (innerer wie äußerer Globalsteuerung) hat der Welt ein glückliches Vierteljahrhundert beschert - im Westen wie in jenen Teilen der Dritten Welt, die sie vernünftig handhabten. Sie vertrug sogar Umetikettierungen wie in Deutschland, wo man sie auf „Soziale Marktwirtschaft“ umtaufte. Ihre beiden Essentials waren weltweit - im Rahmen der damals noch „freien Welt“ - dieselben: Man kontrollierte den inneren Marktwirtschaftsprozess durch politisch gesetzte Daten und Rahmenbedingungen, die äußere Welt-, Geld- und Finanzwirtschaft durch feste, aber politisch korrigierbare Wechselkursabsprachen sowie ein Sicherheitsnetz politischer Finanzhilfen (IWF, Weltbank, bilaterale Entwicklungshilfe). Und der dramatische Zusammenbruch des Systems zwischen 1971 und 1973? Im Rückblick wird klarer, dass die Reparatoren (in Deutschland ein damals noch atlantischer und noch nicht gaullistischer Weltökonom namens Schmidt) einen Teilschaden mit einem Totalschaden verwechselten: statt fehlerhafte Teile wie US-Dollarabhängigkeit, Inflationsblindheit und die Fixierung auf nominale statt reale Wechselkurse auszubauen und zu ersetzen, erklärten sie das Gesamtsystem für überholt und rissen es ab. Reißt man ein Haus ab, bloß weil ein Paar Dachziegel lecken und wasserdurchlässig geworden sind?!

Mit der mutwilligen Zerstörung des Breiten Woods-Systems durch sachunkundige Krisenmanager war der Weg in den wilden (deregulierten) Global-Kapitalismus programmiert. Erst kamen die Ölschocks, dann ihre Finanzierung durch immer höhere und wackligere Schuldenpyramiden, dann die diversen Crashes und Schuldenkrisen von Lateinamerika bis Asien, die Verelendung der Dritten Welt, die plötzlich nicht mehr kreditwürdig war und statt der einen Welt, nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, ihre erneute und tiefere Zweiteilung in Arm und Reich - aber nicht mehr nach Nationen, sondern nunmehr innerhalb der Nationen selber, wobei der Osten Europas nicht die Ausnahme darstellt, sondern nur den Extremfall einer Situation, die sich, wenn auch aus anderen Gründen, im gesamten Westen abzeichnet.

Europa - Ausweg oder Sackgasse?

Und aus dieser Verannungskrise mit abnehmender wirtschaftlicher Leistung und zunehmender Massenarbeitslosigkeit in fast allen Ländern des

Alten Kontinents, auch in seinen hoch-industrialisierten, soll uns nun der Euro führen?

Seine idealistischen Verfechter (und deren gibt es viele, rechts wie links) wissen gar nicht, wie reaktionär sie sind. Denn sie beerdigen, ohne es zu wollen und zu bemerken, 150 bis 200 Jahre ökonomischen und sozialen Fortschritts. Sie beenden das Zeitalter der innenpolitisch, und das heißt ebenso national- wie sozialstaatlich gesteuerten Marktwirtschaft zugunsten eines Europa, das diese Lücke weder schließen kann noch will. Denn „Euro-Land“ verfügt weder über politische noch sozialstaatliche Institutionen noch besitzt es demokratische Strukturen oder gar ein Staatsvolk. Was hier entsteht, ist die Herrschaft zweier technokratischer Institutionen: einer Kommission samt Ministerrat und einer (staatenlosen) Zentral- oder richtiger Monopolbank, die beide tief in die bisherigen Rechte nationaler Parlamente eingreifen und in die Lebensschicksale von über 300 Millionen Bürgern.

Für die mit dem Euro vorgenommene „Krönung“ des Binnenmarktes durch ein Gemeinschaftsgeld für 11 bis 12 nach Strukturen, Problemlagen und politischen Zielsetzungen total inhomogene Länder und Volkswirtschaften muss nicht nur auf alle bisherigen Instrumente nationaler Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik verzichtet werden: auf Wechselkurse, Zinsgestaltung und Budgethoheit. Es entsteht der klassische Fall einer Konflikt-Union, weil die für jedes Land spezifischen Problemlösungen mittels einer differenzierten Politik entfallen. Strukturanpassungen werden nicht mehr abgepuffert: weder über Wechselkurse, Zinsen oder Finanzhilfen aus den nationalen Budgets. Der Markt besorgt sie über die direkte Angleichung von Preisen und Kosten, Investitionsrenditen, Zinsen und Löhnen - wie im Uralt-Lavendel-Goldstandard des frühen und vor-sozialstaatlichen 19. Jahrhunderts.

Denn zu einem Geldmarkt gehören zwar gleiche Preise, aber nicht gleiche Kosten. Wer Letztere nicht mehr verdient, muss den Laden dicht machen. Deswegen werden dem Euro-Wettbewerb viele Klein- und Mittelstandsbetriebe samt den dort Beschäftigten zum Opfer fallen. Nur: Eine ausgleichende Strukturpolitik gibt es nicht - der budgetäre Sparhaushalt verbietet sie.

Zu einem Geld- und Gütermarkt gehört auch der eine, seine Einkommen in Euro zahlende Arbeitsmarkt. Seine bisherige, an nationaler Produktivität orientierte Geldlohnstruktur verwischt sich, denn den Zuschlag am Arbeitsplatz erhalten jene Anbieter, die zu Hause mit weniger Produktivität, weniger Arbeitslohn und weniger Sozialschutz auskommen - und auskommen können. Der Lebensstandard der eigenen Bevölkerung hängt nicht mehr vom eigenen, selbsterwirtschafteten Produktivitätsstandard ab, sondern - konkurrenzbedingte - dem der billigsten Anbieter. Tarifvertrag wie Sozialgesetzgeber verlieren ihre ebenso soziale wie nationale Schutzfunktion. Sie können weder die inländischen Arbeits- und Sozialkosten vereinheitlichen noch den inländischen Arbeitnehmer vor der Schleuderkonkurrenz eines Auslandes, das über den Euro zum Inland wird, bewahren. Zum letzten, aber kaum sehr

verlässlichen Schutz des inländischen Arbeitnehmers an seinem angestammten Arbeitsplatz wird dann die Sprachgrenze - zumindest in jenen Berufen, bei denen es auf die Sprache noch ankommt: bei Dichtern, Redakteuren, Politikern oder Lehrern, kaum noch am Bau oder in jenen High-Tech-Berufen, wo ein paar Brocken Computer-Englisch ausreichen.

Man kann verstehen, dass hierzulande Unternehmer, Investoren, Arbeitgeber jauchzen, wenn sie an die „disziplinierende“ Wirkung des Euro auf Arbeitsmarkt, Lohn-Kartell und Lohnfindung denken. Ihre Gewinne steigen, ihre Belastung mit Arbeits-, Sozial- und Steuerkosten nimmt weiter ab. Doch wo liegt der Vorteil für Arbeitnehmer, Rentner, Sparer, wenn der Euro den Lohndruck erhöht, den Mangel an Arbeitsplätzen verstärkt, die Lage der Rentenkassen verschlechtert und zu allem Ungemach die Kaufkraft der Einkommen und Ersparnisse auch noch inflatorisch aushöhlt? Armes Deutschland. Für diesen Verarmungsprozess über Öffnung und Liberalisierung des Arbeitsmarktes, Abbau des Sozialstaates und Abschied von aktiver Konjunktur-, Struktur- und Beschäftigungspolitik haben nicht nur Regierung und Groß-Kapital gestimmt, sondern besonders laut und töricht Linksparteien und Gewerkschaften. Wussten sie nicht, was sie taten und noch immer tun? Besonders töricht handeln jene, die die Vergangenheit nicht kennen und sie daher wiederholen, urteilte bereits Marxens Zeitgenosse, der große französische Demokratiefreund und -analytiker Alexis de Tocqueville. Der Euro, ein Rückfall in den Manchester-Kapitalismus und trotzdem ein Geschenk der Linken an die Rechte, damit sie endlich auch in Europa siegt und nicht nur am Weltmarkt!

Man könnte lachen, wäre es nicht so traurig. Auch wenn der Euro wie der Goldstandard scheitert - teuer und überflüssig war das Abenteuer alle Mal. Und die Linke hätte es verhindern können.